



Land Baden-Württemberg Meldung vom 04.08.2004

Landesregierung optimiert Stabsarbeit

Innenminister Heribert Rech: Wirksames und effektives Krisenmanagement zum Nutzen der Bevölkerung und zur Unterstützung der Einsatzkräfte

Der Ministerrat hat in seiner jüngsten Sitzung eine vom Innenministerium erarbeitete Vorschrift zur Bildung von Krisenstäben bei außergewöhnlichen Ereignissen und Katastrophen beschlossen. Damit wird ein einheitliches Führungsmodell bei den Katastrophenschutzbehörden im Südwesten (Innenministerium, Regierungspräsidien, Landratsämter und Bürgermeisterämter der Stadtkreise) verbindlich eingeführt. Falls Stäbe bei anderen Ministerien oder Behörden zusammengerufen werden müssen, soll dies ebenfalls nach dem neuen Konzept erfolgen. Auslöser, das bisherige Stabsmodell zu optimieren, waren unter anderem die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 und das Flugzeugunglück am Bodensee in der Nacht zum 2. Juli 2002.

„Ziel des neuen Systems ist es, im Ernstfall die Stäbe in den Behörden umgehend einzusetzen, denselben Informationsstand der Verantwortlichen auf allen Ebenen sicherzustellen und damit auch die Bevölkerung und die Medien möglichst schnell und umfassend zu informieren“, sagte Innenminister Heribert Rech am Mittwoch, 4. August 2004, in Stuttgart. Auch die Innenministerkonferenz habe nach den Erfahrungen aus dem Elbe-Hochwasser und basierend auf dem baden-württembergischen Führungsmodell im vergangenen November ein neues, bundeseinheitliches Stabsmodell gebilligt und die Länder gebeten, dieses einzubeziehen, um auch länderübergreifend eine optimale Kommunikation, Koordination und Kooperation zu erzielen. „Mit unserem Neukonzept wird die Stabsarbeit auch über Ländergrenzen hinweg kompatibler und effizienter. Den Nutzen haben die Menschen, die gerettet oder geschützt werden müssen, aber auch die Einsatzkräfte vor Ort, denen wir mit einem modernen Krisenmanagement optimale Unterstützung geben wollen“, so Rech.

Dem überarbeiteten Führungssystem liegt nach den Worten des Innenministers die neue Philosophie zugrunde, auf allen Verwaltungsebenen bei einer Katastrophe und auch bei Ereignissen, die die Bevölkerung stark beunruhigen - beispielsweise bei gleichen Vorfällen an verschiedenen Orten wie nach dem 11. September das Auftauchen von Miltzbrandpulver - eher als bisher mit der Koordinations- und Informationsarbeit zu beginnen. „Wir müssen und wollen die Menschen schnell und nach jeweils bestem Kenntnisstand informieren. Dafür wird das umfassende Know-how der Behörden gebündelt. Wir wollen Opfer bestmöglich versorgen und uns auch um ihre Angehörigen kümmern. Dabei bauen wir auf Polizei, Feuerwehren und Hilfsorganisationen, die ebenfalls auf einen optimalen Informationsaustausch angewiesen sind. Krisenmanagement ist zunächst auch professionelles Informationsmanagement, das schnelle Entscheidungen auf fundierten Grundlagen ermöglicht“, betonte der Innenminister.

Auch die Erfahrung, dass besonders Naturkatastrophen meist nicht schlagartig eintreten, sondern sich Zug um Zug entwickeln, habe dazu geführt, dass künftig vor der Alarmierung des Gesamtstabes mit einem Minister, Regierungspräsidenten oder Landrat beziehungsweise Oberbürgermeister oder ihren Beauftragten an der Spitze zunächst ein Kernteam einberufen werde. Dieser „Koordinierungsstab Kommunikation“ stimme zum Beispiel Warnmeldungen für die Bevölkerung ab, gebe erste „amtliche“ Informationen an die Medien und schaffe alle organisatorischen Voraussetzungen für den Einsatz des gesamten Stabs.

Die Ereignisse beim Flugzeugabsturz in Überlingen hätten gezeigt, dass es einen Verantwortlichen für den Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten geben müsse. Künftig übernehme ein Informations-Koordinator diese Funktion in den jeweiligen Bereichen, also im Ministerium, bei den Regierungspräsidien, in den Landratsämtern und den Bürgermeisterämtern der Stadtkreise und bei den Einsatzkräften vor Ort. Rech betonte, dass er die Aufgabe des Informations-Koordinators für sehr wichtig halte, denn „er stellt den gegenseitigen Austausch wichtiger Informationen sicher und hält engen Kontakt zum Stabsbereich ‚Bevölkerungsinformation und Medienarbeit‘ und zu den Informations-Koordinatoren der benachbarten oder über- und nachgeordneten Ebenen.“

„Wir wollen mit dem einheitlichen Führungsmodell bei den Katastrophenschutzbehörden aller Ebenen Krisen aller Art künftig kommunikativ und operativ noch besser bewältigen“, betonte Rech. Dazu gehörten sowohl die sachliche, qualifizierte und permanente Information von Bürgern und Medien, als auch die operativen Maßnahmen wie Rettung, Bergung und Versorgung von Opfern, die Sicherung von Sachwerten oder die seelsorgerische Betreuung von Menschen. „Deswegen ist der gegenseitige und umfassende Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten so wichtig, wofür das neue Führungsmodell eine optimale Ausgangsbasis ist“, sagte der Innenminister. Nur wenn alle Kräfte schnell, planvoll und koordinierend zusammenwirkten, sei ein wirksames und effektives Krisenmanagement möglich. Mit der jetzt vom Kabinett verabschiedeten Planung sei eine durchgängige und verbindliche Stabsarbeit zur Bewältigung von krisenhaften Ereignissen auf allen Ebenen gewährleistet.

*

Bundeseinheitliche Führungssysteme gibt es bereits für Feuerwehren und Polizeien. Nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 2003 sollen auch Verwaltungsbehörden bei außergewöhnlichen Ereignissen und Katastrophen nach einem einheitlichen Modell zusammenarbeiten.

Eckpunkte der jetzt vom Ministerrat beschlossenen „Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien zu Bildung von Stäben bei außergewöhnlichen Ereignissen und Katastrophen (VwV Stabsarbeit)“, die verschiedene bisherige Regelungen etwa zur Bildung von Katastrophenschutzstäben oder von Stäben für besondere Aufgaben ersetzt:

Die **Behördenleitung** (Minister, Regierungspräsident, Landrat oder Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt) muss bei besonderen Ereignissen sowohl Verwaltungs- als auch Einsatzmaßnahmen veranlassen, koordinieren und verantworten. Sie kann sich dazu eines Verwaltungsstabs (administrativ-organisatorischer Bereich) und eines Führungsstabs („Einsatzleitung“ für operativ-taktische Aufgaben) bedienen.

Der **Verwaltungsstab** gliedert sich grundsätzlich in folgende Stabsbereiche:

1. Innerer Dienst (zum Beispiel Organisation, Rechts- und Finanzfragen)
2. Lage und Dokumentation
3. Bevölkerungsinformation und Medienarbeit
4. Sicherheit und Ordnung/Polizeivollzugsdienst
5. Katastrophenschutz
6. Gesundheit
7. Umwelt

Bei Bedarf werden weitere Stabsbereiche eingerichtet, etwa für den Landwirtschafts-, Forst-, Veterinär-, Lebensmittel- oder den schulischen Bereich.

Der „Koordinierungsstab Kommunikation“, der erste Entscheidungen trifft, setzt sich aus den Verantwortlichen der Stabsbereiche 1 bis 4 zusammen. Ihm gehört auch der Informations-Koordinator an.

Berührt ein Ereignis mehrere Ressorts, dann kann nach denselben Grundsätzen ein **Interministerieller Verwaltungsstab** gebildet werden. Seine Leitung hat zunächst das Innenministerium. Hier kann rund um die Uhr ein eigenes, modernes Lagezentrum betrieben werden. Für den „Fall des Falles“ ist ein Call-Center angeschlossen, dessen Rufnummer dann bekannt gegeben würde.

Im Gegensatz zu bisher wird auch die Arbeit in den Stabsbereichen grundsätzlich an den sonst üblichen Arbeitsplätzen erledigt. Die Mitarbeiter - auch in der Pressestelle - sind deshalb unter ihren bekannten Rufnummern erreichbar und bei Bedarf ebenfalls rund um die Uhr.

Ein **Führungsstab** wird bei größeren Schadensereignissen und dann in der Regel vor Ort eingerichtet. Er gliedert sich je nach Bedarf in folgende Sachgebiete:

1. Personal/Innerer Dienst

2. Lage
3. Einsatz
4. Versorgung
5. Presse- und Medienarbeit (solange kein Verwaltungsstab eingerichtet ist)
6. Informations- und Kommunikationswesen.

Quelle: Innenministerium